

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**Armut bekämpfen –
Reichtum *Umfair*teilen!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

1 Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!

Armut bekämpfen

Auch wenn nach wie vor der Eindruck besteht, München sei eine Stadt mit geringen sozialen Problemen – der letzte Münchner Armutsbericht spricht eine andere Sprache. 250 000 Münchner*innen und Münchner sind arm, d.h. sie leben von weniger als 60% des Medianeinkommens. In der Boomtown München reicht ein Einkommen von tausend Euro netto nicht mehr zum Leben.

Weniger als die Hälfte dieser Armen beziehen Leistungen nach dem SGB II oder XII. Zu einem großen Teil werden sie von staatlicher Unterstützung überhaupt nicht erfasst – für Wohngeld ist die Miete zu hoch, für ALG II das Einkommen, Sozialwohnungen stehen kaum mehr zur Verfügung. Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (die es nach wie vor auch bei der Stadt selbst gibt) sorgen dafür, dass diese unsichtbare (und unbekämpfte) Armut weiter zunimmt.

Leistungen nach dem SGB II und XII führen in München nicht dazu, dass die Armutsgrenze überschritten wird; im Gegenteil, in vielen Fällen leben die Betroffenen trotz der Transferleistungen in strenger Armut – sie haben weniger als die Hälfte des Medianeinkommens zur Verfügung. Nach wie vor werden diese Leistungen auch noch gekürzt, wenn die Miete die vorgegebenen Grenzen überschreitet, obwohl selbst gut Verdienende in München Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden, ein Umzug in eine günstigere Wohnung also schlicht nicht möglich ist.

Eines der Anzeichen zunehmender Probleme ist die massiv steigende Wohnungslosigkeit. Mittlerweile sind 4200 Menschen in München wohnungslos, und die Zahlen steigen monatlich. Viele davon sind Bezieher*innen von ALG II, aber in den Notunterkünften finden sich längst auch Erwerbstätige. Die Stadt hat darauf keine andere Antwort, als ehemalige Kasernen mit Wohnungslosen zu belegen und Sanktionen für Wohnungslose zu erfinden. Im Jahr 2012 konnten nur noch 2400 Sozialwohnungen vergeben werden, und ein Drittel davon ging an städtische Beschäftigte.

Noch weitgehend unbemerkt, wird diese Mischung aus Armutslöhnen und Wohnungsnot zur Bedrohung für die soziale Infrastruktur der Stadt. Für die Kindertagesstätten finden sich keine Erzieherinnen, in Krankenhäusern und Pflegeheimen können freie Stellen nicht mehr besetzt werden. Alle Münchner*innen sind darauf angewiesen, dass sich daran etwas ändert.

Die Sozialpolitik der Stadt kann im besten Fall reparieren, was wirtschaftliche Verhältnisse zerstören. Sie ist an unsoziales und oft unzureichendes Bundesrecht gebunden, wie Hartz IV oder das Wohngeldgesetz. Aber München als wohlhabende Kommune ist in der Pflicht, die Folgen dieses Bundesrechts so weit wie möglich zu kompensieren. Stiftungsgelder und andere Leistungen ohne Rechtsanspruch sind dabei keine Lösung.

Arme und Wohnungslose sind nach wie vor Bürger*innen mit Grundrechten. DIE LINKE. erwartet, dass sich die Verwaltung auf allen Ebenen dementsprechend verhält. Das beginnt mit dem Unterlassen grundrechtswidriger Eingriffe (z.B. Postöffnung in Notunterkünften), setzt sich fort in respektvollem Umgang wie der automatischen Bereitstellung erforderlicher Sprachmittler und endet damit, in jedem Zusammenhang Selbstorganisation zu respektieren, zu fördern und zu beteiligen.

DIE LINKE. will den MünchenPass als ergänzende Leistung der Stadt allen zugänglich machen, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Zusätzliche Leistungen für die große Gruppe der Armen, die bisher keinerlei Ansprüche haben, müssen entwickelt werden.

Unsere Forderungen:

- DIE LINKE. will eine Beendigung jeglicher Kürzungen beim SGB II und XII wegen zu hoher Mieten, bis die Notlage am Münchner Wohnungsmarkt vorüber ist.
- DIE LINKE. fordert ein Ende der Sanktionen im SGB II und XII, aber auch der Sanktionen gegen Wohnungslose. Sie sind schlicht verfassungswidrig.
- DIE LINKE. fordert einen deutlicheren Einsatz der Stadt gegen die Wohnungslosigkeit, insbesondere durch Beschlagnahmungen bei drohender Räumung.

- DIE LINKE. fordert unabhängige Soziallotsen bei allen Sozialbürgerhäusern, die durch den Dschungel der vielfältigen Angebote führen. Inzwischen müssen viele Beratungsstellen einen Großteil ihrer Zeit für diese Tätigkeit aufwenden und es bleibt oft dem Zufall überlassen, ob Betroffene von Angeboten erfahren.
- DIE LINKE. will ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten, da eine menschenwürdige Lebensführung heutzutage ohne Strom und Gas nicht mehr möglich ist.
- DIE LINKE. fordert die Einrichtung von Ombudsstellen bei den Jobcentern wie auch in den Notunterkünften und beim Wohnungsamt.
- DIE LINKE. setzt sich dafür ein, alle Finanzierungsvorbehalte bei sozialen Maßnahmen zu überprüfen und aufzuheben, wenn Anzeichen bestehen, dass Selbstbestimmung, Entwicklungsmöglichkeiten oder körperliche und seelische Gesundheit Betroffener durch sie bedroht sind.

In Würde alt werden können ist ein Menschenrecht

Mittlerweile sind über 12 000 Münchner*innen auf Grundsicherung im Alter angewiesen, und die Zahl steigt jährlich; aber viele Beziehende*innen von Niedrigrenten dürften nach wie vor keinen Antrag auf ergänzende Leistungen stellen. Trotz eines städtischen Zuschlags zur Grundsicherung reicht auch diese Leistung nicht aus, um ein Leben über der Armutsgrenze zu ermöglichen.

Gerade günstiger Wohnraum ist selten barrierefrei, gerade in ärmeren Stadtvierteln lässt die Nahversorgungsstruktur zu Wünschen übrig. Ältere Menschen mit Migrationshintergrund werden von vielen Angeboten nach wie vor nicht erreicht und finden keine Pflegeeinrichtungen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.

DIE LINKE. tritt dafür ein, dass alte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehört die Möglichkeit, sich in Parteien, Verbänden und Selbsthilfegruppen für die eigenen Interessen einzusetzen. Ebenso wichtig ist das Recht auf Mobilität und das Wohnen in der vertrauten Umgebung, auch wenn man auf Hilfe angewiesen ist.

Für Ältere geeignete, öffentlich geförderte Wohnungen – sei es innovative Projekte wie Wohngemeinschaften oder barrierefreier Wohnraum – müssen auch für Beziehende*innen von Grundsicherung zur Verfügung stehen.

In allen Einrichtungen, auch Alten- und Servicezentren, ist eine Beteiligung der Nutzer*innen an Entscheidungen gefragt.

Interkulturelle Pflege sollte in einer Stadt wie München eine Selbstverständlichkeit sein. DIE LINKE. unterstützt nicht nur die jüngst beschlossenen Modellprojekte; sie fordert auch städtische Hilfe bei der Etablierung neuer Träger, die ambulante Pflege und sonstige Hilfsmaßnahmen bieten sollen.

Der Mangel an Pflegepersonal macht jetzt schon oft den – ohnehin zu niedrigen - Personalschlüssel der Einrichtungen zur Makulatur. Hier kann nur eine Bezahlung helfen, die das Leben in München ermöglicht.

Alle Pflegeheime müssen mindestens einmal jährlich unangemeldet kontrolliert werden. Die Berichte dieser Kontrollen müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Behindert ist man nicht – behindert wird man

Auch wenn durchaus schon einiges erreicht wurde – von einem echten Nachteilsausgleich ist die Politik für Behinderte in München noch weit entfernt. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden zwar zunehmend barrierefrei, und die (wenigen) Neubauprojekte der Stadt bieten einen hohen Anteil behindertengerechter Wohnungen, aber viele Teile der Infrastruktur, wie Arztpraxen, sind nach wie vor schwer zu erreichen, Inklusion im Schulwesen gibt es nur als Modellversuch und die barrierefreien Wohnungen sind für Viele schlicht zu teuer.

Seit nicht mehr die Stadt, sondern der Bezirk, für Behinderte aufkommen, gibt es ein ständiges Ringen um die in München vorhandenen Einrichtungen der offenen Behindertenhilfe. Auch das Arbeitgeberprojekt, das es Behinderten ermöglicht, selbst ihre Unterstützungskräfte auszuwählen, wird immer wieder gefährdet.

Die LINKE. sieht die maximale Selbstbestimmung als Ziel aller behindertenpolitischer Maßnahmen. Das schließt die sexuelle Selbstbestimmung und einen straffreien Zugang zu entsprechenden Dienstleistungen selbstverständlich mit ein. Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderung sind zu fördern und bei allen entsprechenden städtischen Maßnahmen zu beteiligen. Nicht nur Betroffene im Arbeitgebermodell haben ein Recht, ihre Pflegekräfte zu wählen; diese Möglichkeit sollte allen Betroffenen eröffnet werden. Haben Menschen mit Behinderung, auch mit geistiger Behinderung, Kinder, ist es Aufgabe der Jugendhilfe, ein Zusammenleben der Familie durch geeignete Unterstützung zu ermöglichen. Die LINKE. fordert die Erstellung eines Zeitplans zur Umsetzung der Inklusion auf allen Ebenen des Bildungssystems, von der Kinderkrippe bis zur Hochschulreife. Eine gemeinsame Betreuung ist nicht nur ein Gewinn für die behinderten Kinder, sie ist ein Gewinn für eine menschlichere Gesellschaft.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian